**Widersprüchliche Signale**

Wie EU-Regierungen vor dem Angriff auf die Ukraine über Russland sprachen

*Christian Rauh & Johannes Scherzinger*

Der russische Angriff auf die Ukraine markiert die Rückkehr von Gewalt in die eigentlich von Handel, Vernetzung, und Verrechtlichung geprägte Politik auf dem europäischen Kontinent. Trotz der Monstrosität der russischen Intervention waren viele politische Beobachter von der anfänglich großen Einigkeit des „Westens“ und vor allem der EU-Mitgliedstaaten in der Verurteilung und Sanktionierung Russlands überrascht.

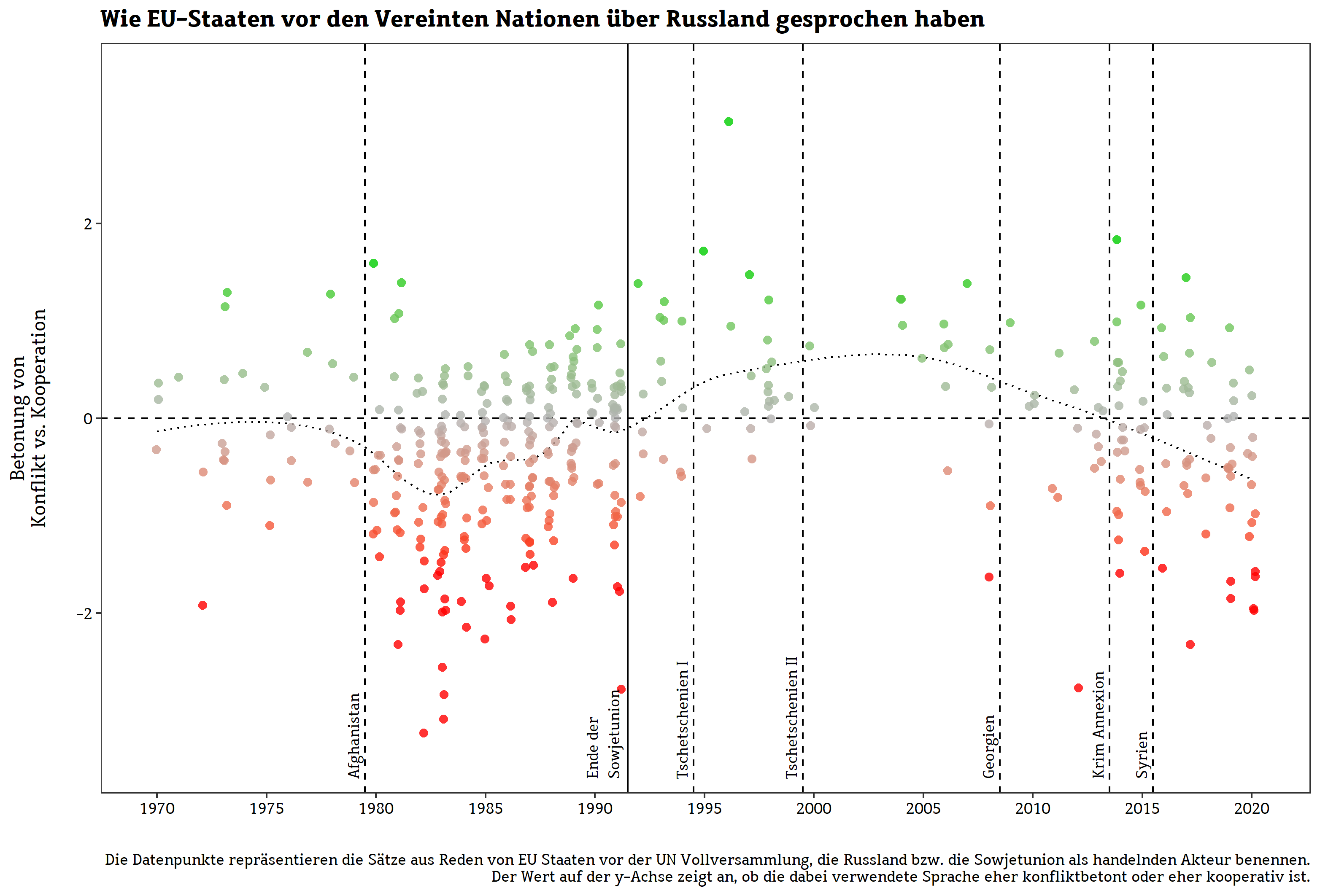
Diese Überraschung rührt auch daher, dass die Europäische Union trotz ihrer großen ökonomischen Bedeutung als Handelsblock oft als außenpolitischer Zwerg wahrgenommen wird. Es heißt, dass divergierende Interessen der Mitgliedstaaten und mangelnde Institutionalisierung außenpolitischer Koordination dazu führen, dass die Union oft nur unklare und bestenfalls schwache Signale an die Weltöffentlichkeit senden würde.

Dieses Argument ist auch mit Blick auf die Ukraine relevant: Zu schwache Signale und unklare gemeinsame Positionen der EU in Reaktion auf frühere russische Aggressionen – man denke an den zerstörerischen zweiten Tschetschenienkrieg, die nicht minder brutalen Interventionen in Georgien oder Syrien, sowie insbesondere die militärische Annexion der Krim – könnten Putin zu der Annahme verleitet haben, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Angriffs in Grenzen halten würden. Haben es die EU-Mitgliedstaaten also versäumt, sich mit deutlichen geeinten Signalen gegen russische Aggressionen in der internationalen Politik zu positionieren?

Wir sind dieser Frage auf Basis eines Volltextkorpus nachgegangen, der alle Reden vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen bis 2020 enthält. In diesem zentralen Forum der Weltpolitik haben alle Regierungen jährlich die Chance, ihre außenpolitischen Prioritäten und Positionierungen vor der Weltöffentlichkeit kundzutun. Die Reden von EU-Mitgliedstaaten auf dieser Bühne enthalten also wertvolle Informationen über die Konsistenz und Stärke der Signale von der EU an Russland im Zeitverlauf.

Wir extrahieren diese Informationen mit modernen Algorithmen der natürlichen Sprachverarbeitung. Im ersten Schritt nutzen wir ein ‚semantic role labelling‘ Verfahren, um alle Sätze zu identifizieren, in denen Russland (bzw. die Sowjetunion als dessen Vorgängerstaat) klar als handelnder Akteur benannt wird. Im zweiten Schritt skalieren wir die Sprache dieser Sätze mit einem Wortvektormodell entlang ihrer semantischen Ähnlichkeit zu klar konfliktbetonten und klar kooperativen Begriffen in der diplomatischen Kommunikation (u.a. z.B. ‚Feind/Freund‘, ‚Krieg/Frieden‘, ‚aggressiv/kooperativ‘ usw.). Eine Zufallsstichprobe von 150 Sätzen zeigt, dass sich diese Skalierung weitgehend mit der Interpretation zweier menschlicher Kodierer deckt.

Abbildung 1 fasst zusammen, was uns dieser Ansatz über die Signale aller EU-Mitgliedsstaaten in Richtung Russland im Zeitverlauf verrät.



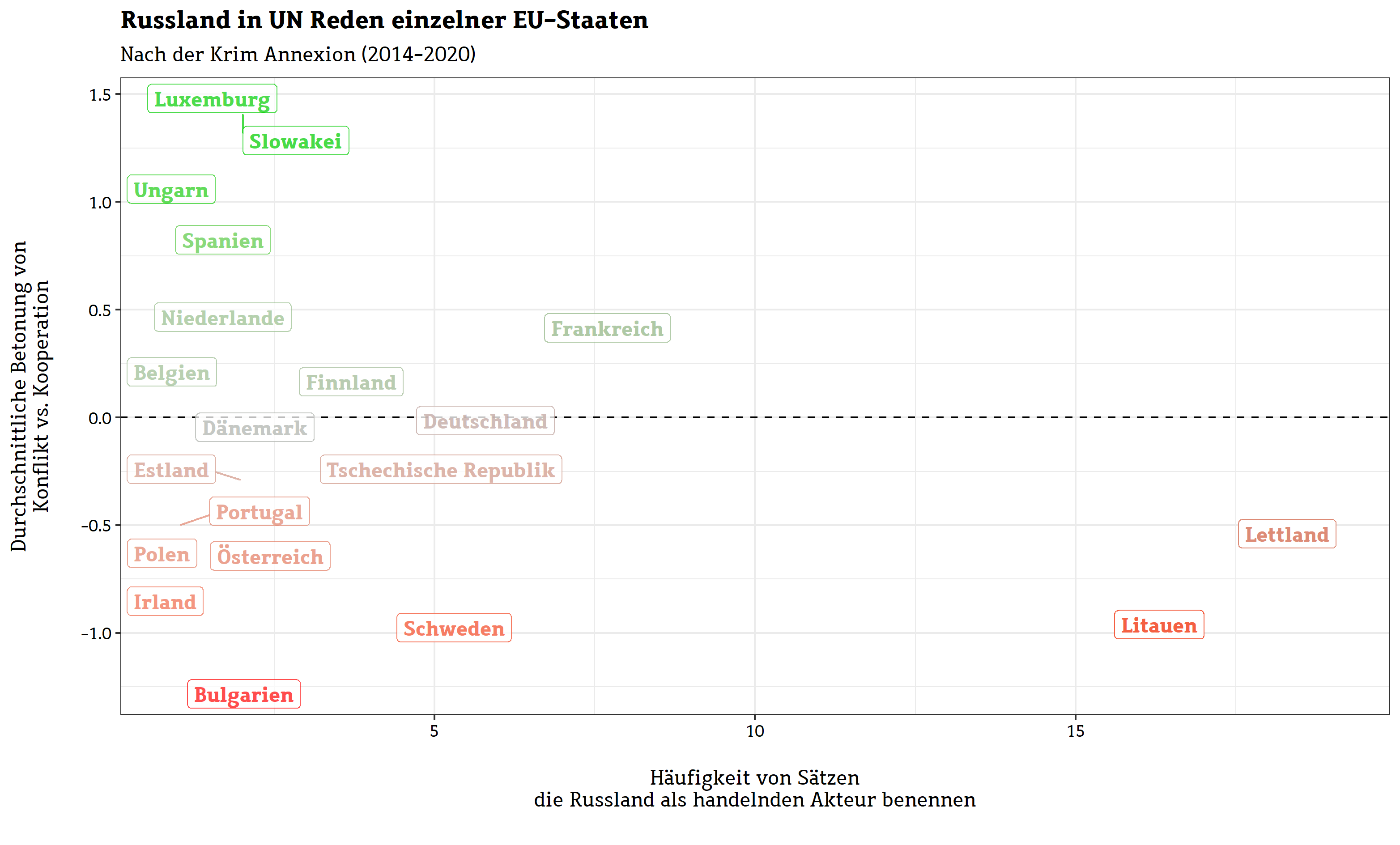
EU-Mitgliedsstaaten haben Russland bzw. die Sowjetunion vor allem nach der Invasion in Afghanistan 1979 und der darauffolgenden letzten Hochphase des Kalten Kriegs als handelnden Akteur auf der Weltbühne benannt. Diese Signale waren nicht nur häufig, sondern auch stark konfliktbetont. Teilweise liegen die Werte unseres Skalierungsmodels fast drei Standardabweichungen unter der durchschnittlichen Konflikthaftigkeit aller, fast einer Million in der UN-Vollversammlung gesprochenen Sätze.

Dies ändert sich schlagartig mit dem kurz auf den Austritt der Ukraine folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion 1991. Ab diesem Zeitpunkt sprachen EU-Mitliedstaaten vor der UN deutlich seltener über Russland. Und wenn sie es taten, sandten sie klar kooperative Signale. Für unsere Frage besonders bedeutsam: An diesem schwach kooperativen Signal der EU-Mitglieder an Russland ändern weder der erste noch der zweite Tschetschenienkrieg etwas. Nach den verheerenden Bildern des völlig zerbombten Grosny im Jahr 2000 schweigen EU-Regierungen in diesem zentralen Forum der Weltpolitik gegenüber Russland und senden ab 2003 sogar wieder vereinzelt kooperative Signale. In einer Welt, in der politische Rhetorik abschreckenden Charakter durch klare Positionierungen haben kann, kommt das Schweigen auf dieser zentralen Weltbühne einem Signal der Gleichgültigkeit nahe.

Die internationale Kommunikation der EU-Staaten dreht sich erst langsam mit der russischen Intervention im Kaukasuskrieg 2008 und dann vor allem mit der Annexion der Krim 2014 und der Intervention in Syrien 2015. Die rhetorische Priorisierung von Russland als handelndem Akteur nimmt in EU-Reden wieder deutlich zu und tendiert im Mittel zu eher konfliktbetonten Signalen.

War die Krim also der notwendige Weckruf, den es brauchte, damit die Regierungen der EU sich zu einer gemeinsamen internationalen Kommunikation an und über Russland aufzuraffen? Nicht wirklich. Im Vergleich zur Hochphase des Kalten Krieges hat man ab 2014 immer noch nicht sonderlich häufig über Russland gesprochen – insbesondere, wenn man bedenkt, dass sich die Anzahl an EU-Mitgliedsstaaten seit den 80er Jahren fast verdoppelt hat. Zudem sehen wir eine hohe Bandbereite in der Art, wie EU-Staaten über Russland sprechen: In den drei auf die Krim Annexion folgenden Jahren finden wir immer noch viele Statements in einer tendenziell kooperativen Sprache.

Abbildung 2 verdeutlicht, dass dies an einer Divergenz zwischen den einzelnen EU-Regierungen liegt. Sie zeigt zunächst, dass nur 20 der damals noch 28 EU-Mitliedstaaten Russland in ihrer jährlich wichtigsten außenpolitischen Rede überhaupt als Akteur benannt haben. Der Großteil dieser Regierungen hat das in den sechs hier beobachten Jahren auch nur ein einziges Mal getan. Und diese setzen Russland dabei oft auch in einen eher kooperativen Kontext – etwa in den wenigen Statements der Regierungen von Luxemburg, der Slowakei, oder Ungarn.



Die Regierungen der oft als führende EU-Nationen verstandenen Staaten Deutschland und Frankreich haben Russland zwar etwas häufiger als Akteur benannt, nutzten dies aber, um im Mittel eher neutrale bzw. sogar tendenziell kooperative Botschaften zu senden.

Klare Ausreißer sind hingegen die zwischen Russland und Weißrussland eingeklemmten Staaten Litauen und Lettland: Die Regierungen dieser Staaten sprechen vor der UN seit der Krim Annexion überdurchschnittlich häufig über Russland und benutzen dabei eine deutlich konfliktbetontere Sprache.

Insgesamt stützten die von uns aufgedeckten sprachlichen Muster das Bild einer wirtschaftspolitisch mächtigen European Union, die es aber als Block auf der Weltbühne lange nicht vermocht hat, mit geeinten und klaren Signalen auf einen internationalen Aggressor zu reagieren. Wir wissen natürlich nicht, ob diese widersprüchlichen Signale wirklich Putins Kalkulation über den Preis des Angriffs auf die Ukraine beeinflusst haben. Aber es bleibt zu hoffen, dass seine Handlungen spätestens jetzt als ein ausreichend lauter Weckruf dienen, damit die EU in Zukunft gemeinsam für ihre Werte auf der Weltbühne auf- und eintritt.

*Literatur*

Baturo, A., Dasandi, N., & Mikhaylov, S. J. (2017). Understanding state preferences with text as data: Introducing the UN General Debate corpus. *Research & Politics*, *4*(2), 2053168017712821. <https://doi.org/10.1177/2053168017712821>

Watanabe, K. (2021). Latent Semantic Scaling: A Semisupervised Text Analysis Technique for New Domains and Languages. *Communication Methods and Measures*, *15*(2), 81–102. <https://doi.org/10.1080/19312458.2020.1832976>

Panke, D. (2017). Speaking with One Voice: Easier Said than Done? The EU in the UNGA. In S. Blavoukos & D. Bourantonis (Hrsg.), *The EU in UN Politics: Actors, Processes and Performances* (S. 27–46). Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1057/978-1-349-95152-9_2>

Novak, S. (2014). Single Representative, Single Voice: Magical Thinking and the Representation of the EU on the World Stage. *Global Policy*, *5*(s1), 68–75. <https://doi.org/10.1111/1758-5899.12147>